

Langer Marsch in die Parlamente

Von Jürgen Dunsch

Innerhalb des sechsköpfigen Kontingents der grünen „Newcomer“ im baden-württembergischen Landtag stehen der Landesvorsitzende Wolf-Dieter Hasenclever und der Heidelberger Abgeordnete Holger Heimann für die beiden wichtigsten Wählergruppen der politisch organisierten Umweltschützer. Hasenclever (34), der nach seinem Wahlerfolg in Tübingen (9,9 Prozent) gestern morgen als Studienrat wieder vor seiner Klasse stand, war bis 1977 SPD-Mitglied und gehört zu jenen Kernkraftgegnern und Kritikern eines „Wachstumsfetischismus, die dieser Partei den Rücken und sich den „Grünen“ zuwandten.

Holger Heimann ist ebenfalls Lehrer und zwar an der Haupt- und Realschule in Neckarsteinach. Der 28jährige gebürtige Hesse repräsentiert anders als Hasenclever den zuvor nicht organisierten politischen Nachwuchs - er trat bislang nur als Funktionär der Gewerkschaft GEW hervor -, der sich von den „etablierten“ Parteien abgestoßen fühlt. Immerhin konnten die Umweltschützer in Baden-Württemberg rund 20 Prozent der Jungwähler bis 24 Jahre für sich gewinnen. Dem steht das Landtagswahl-Ergebnis von 5,3 Prozent gleich rund 241 000 Stimmen gegenüber. Davon sind laut Infas 39 000 ehemalige SPD-Wähler.

Heimann, passionierter Kaninchenzüchter, erreichte im Wahlkreis Heidelberg einen Stimmenanteil von 8,1 Prozent und damit das einzige Mandat für die Grünen im ökologisch „unterentwickelten“ Nordbaden. Dies ist umso überraschender, aber gleichzeitig bezeichnend für die nach eigenem Bekunden „grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien“, als der neue Landtagsabgeordnete erst im letzten Winter zu den Grünen stieß.

Wie gut die Ökologen-Gruppe gerade im Bereich von Universitätsstädten abgeschnitten hat, zeigte sich in Freiburg, das den 54jährigen Architekten Hans-Dietrich Erichsen und den Biologen Helgo Bran (42) in das Stuttgarter Parlament entsendet. Begünstigt durch die Auseinandersetzungen um das geplante Kernkraftwerk Wyhl erzielten beide Kandidaten dort Stimmenanteile von mehr als 11 Prozent. Erichsen ist übrigens keineswegs unumstritten, zeichnete er doch als Inhaber einer Wohnbaugesellschaft noch vor einigen Jahren für die Errichtung von Wohnsilos in Freiburger Neubaugebieten verantwortlich.

Einzigste Dame unter den „grünen“ Abgeordneten ist die Stuttgarter Hausfrau Elsbeth Mordo (51), die die Verhinderung des Flughafenausbaus in Echterdingen zu ihrem Hauptanliegen gemacht hat. Aus Nürtingen kommt der dritte Lehrer im Bunde der Atomkraft-Gegner und Autobahn-Opponenten, der 31jährige Studienrat Winfried Kretschmann.

Baden-Württemberg ist der erste Flächenstaat und das zweite Bundesland in der Bundesrepublik, in dem den „Grünen“ der Einzug in die Volksvertretung gelang. Seit Oktober letzten Jahres stellen sie im Stadtstaat Bremen bereits vier Abgeordnete. Politisch an die Öffentlichkeit traten die Umweltschützer - der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) achtet weiterhin strikt auf seine Überparteilichkeit - allerdings schon im Oktober 1977, als zwei Gruppierungen bei den niedersächsischen Kreistagswahlen je einen Sitz gewannen. Vorausgegangen waren dort die gewalttätigen Auseinandersetzungen um das geplante Kernkraftwerk Grohnde.

Allmählich weitete sich der lokalbezogene Atom-Protest zu einer „alternativen“ politischen Gruppierung. Damit einher ging eine - allerdings keineswegs stürmisch - zunehmende Unterstützung bei Wahlen. Im Jahre 1978 kamen die „grünen“ und „bunten“ Listen in Hamburg und Niedersachsen nicht über die Fünf-Prozent-Hürde. Sie trugen aber wesentlich zum Scheitern auch der F.D.P. an dieser Marke bei. In den restlichen sechs Landtagswahlen vor Baden-Württemberg kamen die Grünen erst in Bremen zu Mandaten. Aufsehen erregte allerdings im letzten Frühjahr, daß bei der Europawahl die politisch organisierten Umweltschützer im Südwesten auf 4,5 Prozent kamen.

Nach mannigfachen Häutungen gelang im Januar dieses Jahres auf einem über weite Strecken chaotischen Parteitag in Karlsruhe die Überführung des Europa-wahl-Bündnisses in die erste bundesweite Ökologienpartei. Streitpunkt - nach außen erkennbar an der Debatte um die „Doppelmitgliedschaft“ - ist vor allem die Frage der Einbeziehung von organisierten Kommunisten in die „Bewegung“. Baden-Württemberg und Bremen gehören zu den gemäßigten Landesverbänden, die auf eine strikte Abgrenzung Wert legen. In Nordrhein-Westfalen dagegen ist man den K-Gruppen gegenüber freundlich gesonnen. Dort steht nach den Wahlen im Saarland im April einen Monat später die nächste Bewährungsprobe für die Partei ohne Programm an. Einig ist man sich bislang nämlich nur über die Grundprinzipien „ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei“. Nach den Streitereien in Karlsruhe soll am kommenden Wochenende in Saarbrücken noch einmal der Versuch zur Erstellung eines Parteiprogramms gemacht werden.